

Tätigkeitsbericht 2025

Deutscher Pflegerat e.V.

Inhalt

1. Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR)	4
Mitgliedsverbände	4
Vereinsorgane	5
Mitgliederversammlung / Ratsversammlung	5
Ratsversammlungen	6
Präsidiumssitzungen	6
Geschäftsstelle	7
2. Die Stärkung des DPR zur Stärkung der Berufsgruppe der Pflegekräfte (StäBeP)	8
3. Aktivitäten und Projekte nach Themenschwerpunkten	9
Tätigkeitsbericht des Deutschen Pflegerats 2025	9
Schwerpunkte der pflegepolitischen Arbeit	9
Pflegekompetenzen und Beteiligungsrechte	9
Austausch, Aktivitäten und Initiativen	10
Austausch mit dem Bundesministerium für Gesundheit	10
Pflegeassistenz und internationale Fachkräfte	10
Zukunftspakt Pflege und sektorenübergreifende Versorgung	11
Hitzeschutz und Krisenvorsorge	11
Krankenhausversorgung und Personalbemessung	11
Krankenhausreform und Leistungsgruppenausschuss	11
PPR 2.0	12
Pflegebildung und Entwicklung der Profession	12
BAPID und Bildungswege	12
4. Fachkommissionen	13
Fachkommission zur Personalbemessung im Krankenhaus	13
Fachkommission Langzeitpflege	13
Fachkommission zur Aufnahme der Rechte von Menschen mit Pflegebedarf ins Grundgesetz	13
Fachkommission Gesundheitskompetenz	14
Runder Tisch für alle, die pflegen	14
Die Fachkommission Pflegebildung und Pflegewissenschaft	14

Die Fachkommission Digitalisierung	14
Fachkommission Exzellenzentwicklung in der Pflege	14
5. Gremientätigkeit und Beteiligungen	15
Registrierung beruflich Pflegender (RbP)	15
Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA)	15
Qualitätsausschuss Pflege (QAP)	15
IQTIG.....	15
Patientensicherheit und Arzneimitteltherapiesicherheit	15
Arzneimitteltherapiesicherheit	15
Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung	15
6. Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit	16
Deutscher Pflgetag und Posteraktion	16
Deutscher Pflegepreis.....	16
Digitale Lernangebote	16
Presse und Öffentlichkeitsarbeit	17
7. Mitgliedschaft und organisatorische Entwicklung	18
Neue Mitglieder und Zusammenarbeit mit Pflegekammern	18
Fachkommissionen und Finanzierung	18
Weitere Positionen und fachliche Impulse	18
Wahl des Präsidiums	18

Kurzporträt

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 in Offenbach gegründet.

Durch diesen Zusammenschluss können und werden die Positionen und Beiträge der beteiligten Pflegeverbände zur Weiterentwicklung der Pflege und des Gesundheitswesens in Deutschland gebündelt.

Der Deutsche Pflegerat vertritt im Rahmen seiner gemeinnützigen Ziele und Zwecke die Belange des Pflege- und Hebammenwesens in Deutschland und setzt sich für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung und eine hohe Qualifikation der Pflegeberufe ein.

Ziele sind die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, die Förderung von Wissenschaft und Forschung und die Förderung der beruflichen Pflegebildung im Bereich des Gesundheitswesens.

Seit 2003 hat der Deutsche Pflegerat die Rechtsform eines eingetragenen (gemeinnützigen) Vereins.

Vereinsregister des Amtsgerichts Gütersloh: VR 1192

Zuständiges Finanzamt: Finanzamt für Körperschaften I, 14057 Berlin

Steuernummer: 27 / 663 / 60770

1. Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR)

Mitgliedsverbände

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen in Deutschland e.V. (ADS)
- AnbieterVerband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundesdekanekonferenz Pflegewissenschaft e.V.
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V. (BLGS)
- Bundesverband Pflegemanagement e.V.
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege e.V. (DFPP)
- Deutsche Gesellschaft für Endoskopiefachberufe e.V. (DEGEA)
- Deutsche Gesellschaft für Pflegewissenschaft (DGP)
- Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)

- Deutsches Netzwerk APN & ANP e.V.
- Katholischer Pflegeverband e.V.
- Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V. (VPU)
- Verband der Schwesternschaften vom DRK e.V. (VdS)
- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Fördermitglied: Bundesverband Geriatrie e.V. (BVG)
- Fördermitglied: Initiative Chronische Wunden e.V. (ICW)
- Fördermitglied Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin (DGP)

Vereinsorgane

Vorstand/Präsidium

Präsidentin	Christine Vogler
Vizepräsidentin	Jana Luntz
Vizepräsidentin	Pascale Hilberger-Kirlum
Präsidiumsmitglied	Inge Eberl
Präsidiumsmitglied	Maria Kortgen
Präsidiumsmitglied	Kathrina Endenharter
Präsidiumsmitglied	Silke Ludowisy-Dehl

Stand Mai 2025

Mitgliederversammlung / Ratsversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. Sie wird satzungsgemäß aus Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedsverbände und dem Präsidium gebildet.

Mitgliedsverbände	1. Delegierte	2. Delegierte
ADS	Heike Lohmann	Klaus Harings
AVG	Thomas Meißner	Marc Effelsberg
BDK	Prof. Dr. Thomas Fischer	Prof. Dr. Johannes Gräske
BeKD	Bettina Beyer-Lichtblau	Brigitte Hauff
BFLK	Silke Ludowisy-Dehl	Uwe Kropp
BLGS	Carsten Drude	Christina Heinze

BVG	Dirk van den Heuvel	Jessica Kappes
BVPM	Hans-Josef Börsch	Marie-Luise Gaßmann
DBfK	Vera Lux	Andrea Kiefer
DEGEA	Silke Bichel	Monika Engelke
DFPP	Robert Zappe	Georg Ungern-Sternberg
DGF	Dominik Zergiebel	Steffen Brodowski
DGP (DG für Pflegewis- senschaft)	Prof. Inge Eberl	Prof. Sascha Köpke
DGP (DG für Palliativ- medizin)	Steven Kranz	Dirk Wingerts Zahn
DHV	Ulrike Geppert-Orthofer	Andrea Köbke
DNANP	Prof. Annegret Horbach	Dr. Anne Schmitt
DPV	Dr. Markus Mai	Anja Posevsky
ICW	Veronika Gerber	Ida Verheyen-Cronau
Kath. Pflegeverband	Hans-Josef Börsch	Wolfgang Schanz
VdS	Cornelia Krause	Edith Dürr
VfAP	Yong-Chul Singer-Bayrle	N.N.
VPU	Torsten Rantzsch	Reiner Schrüfer

Stand 31.12.2025

Ratsversammlungen

04./05.02.2025	Berlin
13./14.05.2025	Berlin
21./22.10.2025	Berlin

Präsidiumssitzungen

17.01.2025	Videokonferenz
04.02.2025	Berlin
04.04.2025	Videokonferenz
13.05.2025	Berlin

23.05.2025	Videokonferenz
06.06.2025	Berlin
08.08.2025	Videokonferenz
19. und 20.09.2025	Berlin
21.10.2025	Berlin
28. und 29.11.2025	Berlin

Geschäftsstelle

Geschäftsführung	Christine Denk
Leitung Geschäftsstelle DPR/ Referentin für die sektorenübergreifende pflegerische Versorgung (Fachkoordinatorin)	Dr. Ute Haas
Referentin für die pflegerische Versorgung im Krankenhaus	Franziska Berghoff
Referentin für Pflegepolitik	Grace-Gabriela Kottmeier
Referent für Social Media, Presse- und Öffentlich- keitsarbeit	Michael Schulz
Justiziar	Moritz Ernst
Teamassistenz	Beate Domes Elke Hartmann
Aushilfe Sekretariat	Janine Reim

2. Die Stärkung des DPR zur Stärkung der Berufsgruppe der Pflegekräfte (StäBeP)

Seit September 2022 erhält der DPR Projektmittel aus dem Bundeshaushalt für das vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) geförderte Projekt „Stärkung der Berufsgruppe der Pflegekräfte“ (StäBeP). Die Finanzierung wurde bis 2025 gesichert. Durch diese Förderung konnten eine Geschäftsführerin, Referent:innen sowie ein Justiziar eingestellt und damit die fachliche und organisatorische Leistungsfähigkeit des Verbandes deutlich ausgebaut werden. Dies ermöglicht dem DPR, die Aufgaben und Positionen der beruflich Pflegenden auf Bundesebene fundierter zu bearbeiten, wissenschaftlich belastbare Stellungnahmen zu erarbeiten und sich intensiver in Gesetzgebungsverfahren einzubringen.

Im Rahmen von StäBeP wurden im Berichtszeitraum zentrale Strukturen der berufspolitischen Vertretung weiterentwickelt und die Geschäftsstelle des DPR professionalisiert. Dazu gehören der Aufbau zusätzlicher Kapazitäten in den Bereichen politische Analyse, Gremienarbeit, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Sichtbarkeit des DPR wurde unter anderem durch neue Informationsmaterialien, eine fortlaufend ausgebauten Newsletter- und Social-Media-Kommunikation sowie vielfältige Veranstaltungsformate deutlich gesteigert. Diese Maßnahmen erhöhen die Transparenz über die Arbeit des DPR für die Berufsgruppe und stärken zugleich die Einbindung der Mitgliedsverbände.

Das Projekt trägt wesentlich dazu bei, die Rolle des DPR als berufsständische Vertretung der Pflegeberufe auf Bundesebene organisatorisch und inhaltlich zu schärfen.

3. Aktivitäten und Projekte nach Themenschwerpunkten

Tätigkeitsbericht des Deutschen Pflegerats 2025

Der Deutsche Pflegerat (DPR) setzte sich 2025 für die Stärkung der professionellen Pflege und ihre verbindliche Beteiligung an Entscheidungen im Gesundheitswesen ein. Seine Arbeit umfasste pflegepolitische Positionen, die Mitarbeit an Gesetzesvorhaben und in Fachgremien, die Entwicklung pflegfachlicher Konzepte sowie Veranstaltungen und den Austausch mit Mitgliedsorganisationen. Die folgenden Abschnitte stellen die zentralen Aktivitäten und den erreichten Arbeitsstand dar.

Als Dachverband bündelt der DPR die fachlichen und berufspolitischen Perspektiven seiner Mitgliedsorganisationen. Ziel ist eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige Versorgung, in der Pflegefachpersonen ihre Kompetenzen eigenverantwortlich einbringen können. Die Verbindung von pflegfachlicher Expertise, wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Versorgungspraxis bildet die Grundlage seiner Positionierungen.

Die Aktivitäten des DPR umfassten im Berichtszeitraum:

- 8 Fachkommissionen
- 23 Positionspapiere
- 25 Newsletter
- 27 Stellungnahmen zu Gesetzen, Verordnungen oder Richtlinien
- 60 Pressemeldungen
- > 100 Gremien – Beteiligung und Mitarbeit

Schwerpunkte der pflegepolitischen Arbeit

Pflegekompetenzen und Beteiligungsrechte

Die Erweiterung pflegerischer Kompetenzen war ein Schwerpunkt der berufspolitischen Arbeit. Zugleich diskutierte er, wie die Profession ihre Expertise in der Selbstverwaltung und in neuen Beteiligungsstrukturen wirksam einbringen kann.

Der **Leistungsgruppenausschuss (LGA)** wurde am 8. Januar 2025 im Rahmen der Krankenhausreform auf Grundlage von § 135e Absatz 3 SGB V durch das Bundesministerium für Gesundheit eingerichtet. Der Ausschuss erarbeitet Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Leistungsgruppen und der dazugehörigen Qualitätskriterien für die Krankenhausversorgung. Diese dienen als Grundlage für eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf

Der DPR ist im Ausschuss als Vertretung der Pflegeberufe mit einer Stimme stimmberechtigt beteiligt. Damit wirkt er unmittelbar an der Beschlussfassung über die Empfehlungen mit und bringt pflegfachliche Expertise in die Ausgestaltung der Qualitätsanforderungen ein.

Die **Pflegeberufebeteiligungsverordnung (PflBBetV)** ist eine auf Grundlage von § 118a SGB XI erlassene Rechtsverordnung, die die Beteiligung der Pflegeberufe auf Bundesebene an Aufgaben nach dem Fünften und Elften Buch Sozialgesetzbuch regelt. Sie konkretisiert die in § 118a SGB XI vorgesehene Beteiligung der maßgeblichen Organisationen der Pflegeberufe auf Bundesebene. Sie regelt deren Einbindung in die gesetzlich vorgesehenen Aufgaben und Verfahren. Der DPR ist in der Verordnung ausdrücklich als maßgebliche Organisation der Pflegeberufe anerkannt.

Austausch, Aktivitäten und Initiativen

Austausch mit dem Bundesministerium für Gesundheit

Im Austausch mit der Leitung der BMG-Abteilung für Digitalisierung und Innovation sprach der DPR über Cybersicherheit, die Finanzierung digitaler Anwendungen und die Anbindung an die Telematikinfrastruktur.

Ein weiteres Gespräch im BMG betraf die Anschlussförderung nach dem Projekt StäBeP. Im Zusammenhang mit der PPR 2.0 und der Arbeit im Leistungsgruppenausschuss brachte der DPR seine Anliegen gegenüber dem Ministerium schriftlich ein, beziehungsweise bereitete entsprechende Kontakte vor.

Der Austausch mit den Bundesministerien dient dazu, die pflegfachliche Perspektive frühzeitig in politische Vorhaben einzubringen und die Auswirkungen geplanter Regelungen auf die Versorgungspraxis zu verdeutlichen. Fachgespräche, Stellungnahmen und Anhörungen verbinden dabei berufspolitische Anliegen mit Vorschlägen zur Verbesserung rechtlicher und struktureller Rahmenbedingungen.

Pflegeassistenz und internationale Fachkräfte

Der DPR bereitete seine Beteiligung an einer Anhörung zum Pflegeassistenzgesetz vor. Im Mittelpunkt standen ein klares Berufsprofil, eine fundierte Ausbildung, weiterführende Bildungswege und ein qualifikationsgerechter Personalmix.

Zur Anerkennung internationaler Pflegefachpersonen entwickelte der DPR einen Positionsentwurf, der zum Jahresende zur weiteren Abstimmung vorlag. Dieser behandelte eine mögliche Kompetenzvermutung bei ausländischem Berufsabschluss und Defizitbescheid, Einsatz und Vergütung während des Anerkennungsverfahrens, Qualifizierungsfristen sowie Deutschkenntnisse mindestens auf B2-Niveau. Weitere Themen waren unterschiedliche Anerkennungsverfahren der Länder, faire Anwerbung und berufliche Integration.

Zukunftspakt Pflege und sektorenübergreifende Versorgung

Der DPR beteiligte sich an drei Arbeitsgruppen zum Zukunftspakt Pflege. Zudem befasste sich der Rat mit einem fachlichen Impuls zur sektorenübergreifenden Versorgung und zur möglichen Zusammenführung der Sozialgesetzbücher V und XI. Daraus wurde 2025 noch keine abschließende Position beschlossen.

Sektorenübergreifende Versorgung setzt verlässliche Übergänge und die kontinuierliche Abstimmung zwischen den beteiligten Berufsgruppen und Einrichtungen voraus. Pflege-rische Aufgabenprofile in der Primärversorgung, Prävention und kommunalen Versor-gung bilden dabei wichtige Anknüpfungspunkte. Auch Community Health Nursing eröff-net eine Perspektive für die Diskussion bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen.

Hitzeschutz und Krisenvorsorge

Der DPR befasste sich mit der aktualisierten bundeseinheitlichen Empfehlung zu Hitze-schutzplänen für stationäre Pflegeeinrichtungen und ambulante Pflegedienste. Klima-fragen wurden darüber hinaus als eigenes Arbeitsfeld begleitet. Im Zusammenhang mit der Zukunft der Langzeitpflege wurden erste Überlegungen zu Disaster Nursing und zum Krisenmanagement angestellt.

Hitzeschutz und die Anpassung an klimabedingte Belastungen betreffen sowohl die Si-cherheit besonders gefährdeter Menschen als auch die Arbeitsbedingungen in der Pflege. Wirksame Konzepte benötigen pflegfachliche Expertise, organisatorische Vor-sorge und die Einbindung der Pflege in Entscheidungsprozesse. Die Zusammenhänge von Klima und Gesundheit sind zudem für die Aus-, Fort- und Weiterbildung relevant.

Krankenhausversorgung und Personalbemessung

Krankenhausreform und Leistungsgruppenausschuss

Im Rahmen der Krankenhausreform arbeitete der DPR im Leistungsgruppenausschuss (LGA) an der Weiterentwicklung der Leistungsgruppen und ihrer Qualitätskriterien mit. Ein zentrales Anliegen war, die pflegerische Personalausstattung als Qualitätsanforde-rung verbindlich zu berücksichtigen. Der DPR wandte sich dagegen, Pflegepersonalun-tergrenzen aus den Strukturkriterien der Leistungsgruppen herauszunehmen, und über-mittelte seine Position an das BMG und den LGA.

Zur Vorbereitung der Ausschussarbeit richtete der DPR eine Kerngruppe mit Expertise aus Pflegemanagement, Pflegewissenschaft und seiner Geschäftsstelle ein. Mitglieds-verbände sollten bei Fragen zu einzelnen Leistungsgruppen einbezogen werden. Neben den fachlichen Fragen befasste sich der DPR mit dem erheblichen Arbeitsaufwand dieser Vertretung und der Finanzierung einer kontinuierlichen Mitarbeit.

Für die Weiterentwicklung der Krankenhausversorgung sind neben strukturellen Vorga-ben auch pflegebezogene Qualitätskriterien und pflegfachliche Leitungskompetenz von Bedeutung. Die personellen und organisatorischen Voraussetzungen pflegerischer

Versorgung müssen in den Anforderungen an die Leistungsgruppen sachgerecht abgebildet werden.

PPR 2.0

Die Weiterentwicklung der Pflegepersonal-Regelung 2.0 (PPR 2.0) betraf unter anderem Qualifikationsmix, Digitalisierung, Standardisierung und offene Fragen der Anwendung. Gemeinsam mit DKG und ver.di wurde eine Liste häufig gestellter Fragen abgestimmt und dem BMG zur Veröffentlichung zugeleitet. Auch Fragen zur Kinder-PPR wurden bearbeitet.

Pflegebildung und Entwicklung der Profession

BAPID und Bildungswege

Mit der Bildungsarchitektur der Pflege in Deutschland (BAPID) arbeitete der DPR an Rollen- und Kompetenzprofilen sowie an durchlässigen Entwicklungswegen für die Pflegeberufe. Im Mai wurde BAPID II zur Veröffentlichung freigegeben; BAPID III wurde im Rat vorgestellt und weiter beraten.

Die Bildungsarchitektur zielt auf transparente Qualifikationsprofile und nachvollziehbare Übergänge zwischen Pflegeassistenz, beruflicher Ausbildung, Weiterbildung und hochschulischer Qualifizierung. Die Verbindung von Bildungswegen mit Aufgaben- und Rollenprofilen macht sichtbar, welche Kompetenzen für unterschiedliche Versorgungsaufgaben erforderlich sind. Lebenslanges Lernen und die Anschlussfähigkeit spezialisierter sowie erweiterter Rollen gehören zu dieser fachlichen Ausrichtung.

4. Fachkommissionen

Fachkommission zur Personalbemessung im Krankenhaus

Die Fachkommission zur Personalbemessung im Krankenhaus nahm im August ihre Arbeit auf. Sie erörterte das Pflegebudget im Zusammenhang mit PPR und Pflegepersonaluntergrenzen. Dabei standen die Versorgungsqualität, der Einsatz unterschiedlich qualifizierter Pflegefachpersonen und pflegesensitive Ergebnisse im Mittelpunkt. Mögliche Fehlanreize und eine wissenschaftlich fundierte Weiterentwicklung des Pflegebudgets wurden als weiterer Arbeitsbedarf benannt.

Bedarfsgerechte Personalbemessung orientiert sich am pflegerischen Versorgungsbedarf und verbindet quantitative Anforderungen mit einem geeigneten Qualifikationsmix. Für ihre praktische Anwendung sind nachvollziehbare Verfahren, einheitliche Auslegung und fachliche Unterstützung erforderlich. Die wissenschaftliche Weiterentwicklung muss deshalb sowohl den Pflegealltag als auch pflegebezogene Versorgungsergebnisse berücksichtigen.

Fachkommission Langzeitpflege

In der Langzeitpflege beschäftigte sich der DPR mit der Umsetzung des bundeseinheitlichen Personalbemessungsverfahrens in stationären Einrichtungen und mit dem Bedarf an einem geeigneten Instrument für die ambulante Pflege. Über das Begleitgremium zum Modellprogramm nach § 8 Absatz 3b SGB XI verfolgte er die Erprobung der stationären Personalbemessung sowie Untersuchungen zur Arbeitsorganisation ambulanter Pflegedienste.

Die zunächst getrennten Fachkommissionen zur Gegenwart und Zukunft der Langzeitpflege wurden im Jahresverlauf auf eine gemeinsame Arbeit ausgerichtet. Ein Positionspapier zur personen- und familienzentrierten Langzeitpflege wurde überarbeitet. Die Fassung stellt die Bedürfnisse der Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehörigen in den Vordergrund; ergänzend entstand eine Kurzfassung.

Fachkommission zur Aufnahme der Rechte von Menschen mit Pflegebedarf ins Grundgesetz

Eine Fachkommission befasste sich mit der Frage, wie die Rechte von Menschen mit Pflegebedarf im Grundgesetz verankert werden könnten. Sie sammelte Ansätze, holte einen Impuls aus der Schweiz ein und erarbeitete eine Mindmap. Ziel und Form einer möglichen Initiative waren zum Jahresende noch in Klärung.

Fachkommission Gesundheitskompetenz

Die Fachkommission Gesundheitskompetenz erarbeitete ein Positionspapier zur Förderung von Gesundheitskompetenz als Aufgabe professioneller Pflege; anschließend wurde dessen Verbreitung beraten.

Gesundheitskompetenz umfasst die Befähigung, Gesundheitsinformationen zu verstehen und für informierte Entscheidungen zu nutzen. Verständliche, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Kommunikation ist hierfür wesentlich. Die Förderung von Gesundheitskompetenz ist deshalb sowohl in der Aus-, Fort- und Weiterbildung als auch in der Organisationsentwicklung von Einrichtungen zu verankern.

Runder Tisch für alle, die pflegen

Im Runden Tisch für alle, die pflegen, war auch die stärkere Einbeziehung pflegender An- und Zugehöriger Thema, unter anderem beim Deutschen Pflegekongress.

Die Einbeziehung informell Pflegenden ermöglicht, deren Erfahrungen und Unterstützungsbedarfe in die Weiterentwicklung der Versorgung einzubringen. Der Austausch mit der professionellen Pflege schafft eine Grundlage, um die Perspektiven von Menschen mit Pflegebedarf sowie ihren An- und Zugehörigen gemeinsam zu berücksichtigen.

Die Fachkommission Pflegebildung und Pflegewissenschaft

Die Fachkommission Pflegebildung und Pflegewissenschaft erarbeitete Papiere zu Prüfungen im Pflegestudium, zur Ausrichtung der Pflegebildung und zur Darstellung pflegeberuflicher Kompetenzen im Deutschen Qualifikationsrahmen.

Die Fachkommission Digitalisierung

Die Fachkommission Digitalisierung arbeitete an pflegefachlichen Fragen der Digitalisierung und sollte den gematik-Beirat zum Thema digitale Identitäten unterstützen.

Zu den grundlegenden Anforderungen gehören die sachgerechte Abbildung pflegerischer Fachsprache, standardisierte Dokumentation und Interoperabilität, also der systemübergreifende Austausch nutzbarer Informationen. Pflegeassessment, Pflegeplanung und pflegerelevante Verlaufsdaten müssen in digitalen Anwendungen berücksichtigt werden. Nutzerfreundlichkeit und Sicherheit sowie die Beteiligung von Pflegefachpersonen als Anwender:innen sind wesentliche Voraussetzungen für praxistaugliche Lösungen.

Fachkommission Exzellenzentwicklung in der Pflege

Für die Fachkommission Exzellenzentwicklung in der Pflege wurde der Arbeitsauftrag überprüft; ein abgeschlossenes Ergebnis lag 2025 hierzu noch nicht vor.

5. Gremientätigkeit und Beteiligungen

Registrierung beruflich Pflegender (RbP)

Der DPR begleitete die Weiterentwicklung der Registrierung beruflich Pflegender (RbP), einschließlich der neuen App und Website.

Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA)

Im G-BA beschäftigte sich der DPR unter anderem mit pflegerischen Anforderungen in der Qualitätssicherungsrichtlinie zum Bauchaortenaneurysma und mit Qualitätsanforderungen für hebammengeleitete Kreißsäle.

Qualitätsausschuss Pflege (QAP)

Im Qualitätsausschuss Pflege standen unter anderem die Hitzeschutzempfehlung und die Arbeit an Qualitätsfragen der Langzeitpflege auf der Tagesordnung.

IQTIG

Der DPR war zudem in Gremien und fachlichen Verfahren des IQTIG vertreten, darunter in der Qualitätssicherung zu Pneumonie und Wundinfektionen.

Patientensicherheit und Arzneimitteltherapiesicherheit

Über das Aktionsbündnis Patientensicherheit und weitere fachliche Zusammenhänge beteiligte sich der DPR an Fragen der Patientensicherheit.

Arzneimitteltherapiesicherheit

In der Koordinierungsgruppe zur Arzneimitteltherapiesicherheit wurde der Aktionsplan 2025 bis 2028 behandelt. Ein angesprochenes Vorhaben war die Entwicklung eines Medikationsplans für schwerkranke Kinder.

Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung

Der DPR war außerdem in der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung vertreten. Patientensicherheit erfordert die Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe und eine systematische Auseinandersetzung mit Risiken in der Versorgung. Das Lernen aus kritischen Ereignissen dient der Prävention von Wiederholungen. Prävention und Gesundheitsförderung verbinden sich zugleich mit pflegerischer Beratung, Gesundheitskompetenz und der Unterstützung von Menschen in unterschiedlichen Lebens- und Versorgungssituationen.

6. Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Deutscher Pflgetag und Posteraktion

Der Deutsche Pflgetag 2025 stand unter dem Motto „Pflege bleibt“. Der DPR wirkte an Programm und Organisation mit, schuf zusätzliche Ausstellungsfläche und plante die Präsenz seiner Mitgliedsverbände sowie die Vorstellung der Fachkommissionsarbeit. Im Oktober war die Veranstaltung ausverkauft. Am DPR-Stand waren eigene Anlaufpunkte für den Pflegerat, die Registrierung beruflich Pflegender und die Mitgliedsverbände vorgesehen.

Die Posteraktion wurde fortgesetzt. Aus rund 100 Einreichungen wurden 20 Beiträge für die weitere Auswahl bestimmt; die Auszeichnung von drei Gewinner:innen war während des Pflgetags vorgesehen. Die Aktion machte pflegfachliche Projekte und Erfahrungen aus der Praxis sichtbar.

Der Deutsche Pflgetag verbindet fachlichen Austausch, berufspolitische Debatte und die Vernetzung von Praxis, Wissenschaft, Politik und Selbstverwaltung. Er bietet dem DPR und seinen Mitgliedsorganisationen eine Plattform, um pflegerische Expertise und gemeinsame Anliegen sichtbar zu machen. Die Posteraktion ergänzt diesen Austausch um konkrete Projekte und Erfahrungen aus der Versorgungspraxis.

Deutscher Pflegepreis

Für den Deutschen Pflegepreis 2025 gingen drei Vorschläge ein. Der Rat wählte Frau Kurtçu zur Preisträgerin. Die Verleihung wurde für den Beginn des Deutschen Pflgetags vorbereitet und durch einen Film begleitet.

Mit dem Deutschen Pflegepreis würdigt der DPR Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise um die Pflege verdient gemacht haben. Die Auszeichnung macht deren Leistungen für die Profession und die Versorgung öffentlich sichtbar.

Digitale Lernangebote

Für die Lernreisen der Digitalisierungsbotschaft beriet der DPR ein geändertes Anmeldeverfahren, mit dem die Berechtigung zur vergünstigten Teilnahme geprüft werden sollte. Die Lernreisen sollten regelmäßig über den Shorty bekannt gemacht werden.

Die Digitalisierungsbotschaft dient der Stärkung digitaler Kompetenzen in der Pflege. Das Lernangebot verbindet Grundlagenwissen mit rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen sowie praxisnahen Anwendungsszenarien. Es unterstützt Pflegefachpersonen dabei, digitale Entwicklungen fachlich einzuordnen und in ihrem Arbeitsumfeld zu nutzen.

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vermittelt berufspolitische Positionen und pflegfachliche Anliegen an die Fachöffentlichkeit, Politik und Bevölkerung. Pressemitteilungen, Stellungnahmen, Positionspapiere und der Newsletter „PflegePositionen“ bilden hierfür zentrale Formate. Website und soziale Medien unterstützen den Zugang zu Informationen über den DPR, seine Mitglieder und seine Arbeit. Die Kommunikation macht Aufgaben und Leistungen professioneller Pflege sichtbar und stärkt die Transparenz der Verbandsarbeit.

7. Mitgliedschaft und organisatorische Entwicklung

Neue Mitglieder und Zusammenarbeit mit Pflegekammern

Der Rat nahm die Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege als Mitglied und die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin als Fördermitglied auf.

Im Zuge der Mitgliederentwicklung diskutierte der DPR seine künftige Zusammensetzung und die Zusammenarbeit mit Pflegekammern, Landespflegeräten und weiteren Organisationen der Pflege. Dabei ging es insbesondere um Mitsprache, Stimmgewichtung, Berufsrecht und die Arbeitsfähigkeit der Gremien. Im Oktober beschloss der Rat Änderungen der Satzung und Beitragsordnung. Einzelne Fragen zu künftigen Beteiligungsrechten blieben offen.

Fachkommissionen und Finanzierung

Für die Fachkommissionen beschloss der Rat eine Geschäftsordnung. Sie regelt unter anderem die Benennung fachlich geeigneter Mitglieder, die Begleitung durch das Präsidium, Verschwiegenheit sowie die Beratung und Freigabe von Papieren.

Die kontinuierliche Finanzierung der Geschäftsstelle blieb zugleich eine wichtige Organisationsfrage. Der DPR befasste sich mit der Anschlussförderung nach StäBeP, der Finanzierung zusätzlicher Gremienarbeit und längerfristigen Organisationsformen.

Eine leistungsfähige Geschäftsstelle ist eine Voraussetzung für die kontinuierliche Bearbeitung berufspolitischer Aufgaben. Fachliche Analyse, wissenschaftlich fundierte Stellungnahmen, Gremienarbeit, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit benötigen verlässliche personelle und finanzielle Ressourcen. Die organisatorische Stärkung durch StäBeP unterstützt diese Aufgaben und die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen.

Weitere Positionen und fachliche Impulse

Der Rat beschloss ein Positionspapier zur pflegerischen Begleitung von Menschen mit Todeswunsch. Es berücksichtigt unter anderem die kritische Reflexion solcher Situationen und ökonomische Rahmenbedingungen; die besondere Situation von Kindern sollte gesondert bearbeitet werden.

Ein weiteres Positionspapier befasste sich mit dem Umgang mit rechtsextremen Parteien und wurde nach inhaltlichen Änderungen beschlossen. Die Arbeit an einem Papier zur verpflichtenden Gesellschaftszeit wurde dagegen zurückgestellt. In der vorangegangenen Beratung hatte der DPR insbesondere darauf hingewiesen, dass ein solcher Dienst professionelles Pflegepersonal nicht ersetzen darf.

Wahl des Präsidiums

Im Mai 2025 wählte die Ratsversammlung das Präsidium des Deutschen Pflegerats neu. Christine Vogler wurde als Präsidentin bestätigt. Zu Vizepräsidentinnen wählte der Rat

Jana Luntz und Pascale Hilberger-Kirlum. Weitere Mitglieder des Präsidiums wurden Katharina Edenharter, Silke Ludowisy-Dehl, Inge Eberl und Maria Kortgen. Über den vierten dieser Sitze entschied nach Stimmengleichheit eine Stichwahl.

Das neu gewählte Präsidium trat anschließend zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Es besprach die Verteilung der Themengebiete, die Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle und die Organisation seiner Sitzungen. Dabei wurde festgehalten, dass die Präsidiumsmitglieder in ihrem Amt den DPR vertreten und nicht ihre jeweiligen Mitgliedsverbände.

Berlin 15. Oktober 2026

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Tel.: + 49 30 / 398 77 303

Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

E-Mail: info@deutscher-pflegerat.de

www.deutscher-pflegerat.de